

DIE EUROPÄISCHE RESSOURCEN- UND ROHSTOFFPOLITIK

INHALT

1. Die Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa
2. Der Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa
3. Die Rohstoffinitiative Raw Material Initiative (RMI)

1. DIE LEITINITIATIVE RESSOURCENSCHONENDES EUROPA

Die EU-Kommission hat das Thema Ressourcenpolitik 2011 verstärkt auf die Agenda gesetzt. Ende Januar wurde die Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa verabschiedet.

„Ressourcenschonendes Europa“ ist eine der sieben Leitinitiativen der Europa-2020-Strategie. Alle sieben Leitinitiativen sind beim Kommissionspräsident José Manuel Barroso angesiedelt.

ZENTRALE INHALTE:

Ziele

Die EU-Kommission definiert die Ziele der Leitinitiative wie folgt:

„Diese Leitinitiative soll die Grundlage für Maßnahmen bilden, die die Umstellung auf eine ressourcenschonende und kohlenstoffarme Wirtschaft erleichtern und dadurch Folgendes erreichen sollen:

- Stärkung der Wirtschaftsleistung bei gleichzeitiger Verringerung des Ressourceneinsatzes,
- Ermittlung und Schaffung neuer Wachstums- und Innovationsmöglichkeiten sowie Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU,
- Sicherung der Versorgung mit wesentlichen Ressourcen,
- Bekämpfung des Klimawandels und Eindämmung der Umweltauswirkungen der Ressourcennutzung.“

Die Leitinitiative nennt eine Vielzahl an Strategien, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Darunter:

- der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft ([Fahrplan für eine CO₂-arme Wirtschaft bis 2050](#)),
- die Abkopplung des Wirtschaftswachstums von der Ressourcennutzung ([Ressourceneffizienz-fahrplan](#)),

- die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz ([Effizienzplan 2020](#)),
- die Modernisierung des Verkehrswesens ([Weißbuch für Verkehr](#)),
- Reformen der [Gemeinsamen Agrar-](#) und der [Fischereipolitik](#),
- Reform des [Kohäsionsfonds](#),
- neue „Strategie 2020“ zur Erhaltung der [biologischen Vielfalt](#),
- Maßnahmen für die Grund- und Rohstoffmärkte ([Rohstoffstrategie](#)).

PROZESS (STAND MÄRZ 2012):

Die Leitinitiative wird als Teil der Europa 2020-Strategie separat im EU-Ministerrat und im EU-Parlament abgestimmt. Die beiden Organe einschließlich der Ausschüsse wirken am Gelingen der einzelnen Strategien der EU-Kommission und der Verwirklichung der in den Strategien enthaltenen Ziele mit.

POSITIONEN:

Das Europäische Parlament (EP) [begrüßt](#) die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“. Das Parlament fordert die Kommission auf, ihren Blick zu verstärken auf:

- die Entwicklung einer Recyclingwirtschaft, einschließlich der Abfallverringerung und der Wiederverwendung von Ressourcen,
- die Entwicklung von Indikatoren zur Messung und Überwachung der Fortschritte beim Rückgang des Ressourceneinsatzes im Rahmen der nationalen Reformprogramme (NRP).

Das Europäische Umweltbüro (EEB) [begrüßt](#) die Leitinitiative als ersten Schritt für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement zum richtigen Zeitpunkt. Die nächsten Schritte müssten die Senkung des absoluten Ressourcenverbrauchs der europäischen Wirtschaft einschließlich der importierten Ressourcen, das Setzen konkreter Ziele und Fahrpläne und der Abbau umweltschädlicher Subventionen sein. Das EEB will den Prozess der einzelnen Strategien innerhalb der Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ kontrollieren und überwachen.

1. DER FAHRPLAN FÜR EIN RESSOURCENSCHONENDES EUROPA

Die EU-Kommission hat am 20.09.2011 ihren [„Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa“](#) vorgestellt, der eine „Vision“ enthält, wie eine nachhaltige europäische Wirtschaft bis 2050 aussehen sollte.

Der Ressourceneffizienzplan liegt im Verantwortungsbereich der Generaldirektion (GD) Umwelt unter Führung des slowenischen Kommissar Janez Potočnik und fällt unter die oben behandelte Leitinitiative Ressourcenschonendes Europa.

ZENTRALE INHALTE:

Ziele

Rohstoffe und Wasser, Luft, Biodiversität, Landnutzung und Bodenschutz sowie Meeresressourcen werden als zentrale Ressourcen identifiziert und Lebens- und Nahrungsmittel, Gebäude und Mobilität als zentrale Sektoren, in denen Ressourcen verbraucht werden. Laut Umweltkommissar Janez Potočnik werden mit dem Fahrplan „die Mittel vorgestellt, mit denen wir weiterhin Wachstum erzielen können, aber auf nachhaltige Weise“.

Der Fahrplan benennt weiche Etappenziele bis 2020 und Maßnahmen, um eine effizientere Produktion zu gewährleisten, Konsummuster nachhaltiger zu gestalten, Forschung und Investitionen zu fördern und aus Abfällen Ressourcen zu gewinnen.

Die Strategie der EU-Kommission nennt noch keine verbindlichen quantitativen Sparziele oder Indikatoren für einzelne Ressourcen oder Sektoren. Der Fahrplan identifiziert drei Sektoren – Lebensmittel, Gebäude und Mobilität – als die Wirtschaftszweige mit dem größten Anteil an Umweltauswirkungen.

Indikatoren

Der vorläufige Leitindikator ist die Ressourcenproduktivität, die das Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zum inländischen Materialverbrauch in Euro pro Tonne (EUR/Tonne) angibt. Ergänzt wird dieser Leitindikator durch eine „Anzeigetafel“ weiterer Indikatoren. Diese sollen den Indikator Ressourcenproduktivität ergänzen. Die Kommission will dabei sowohl Indikatoren mit einer globalen Lebenszyklusperspektive entwickeln, die alle enthaltenen Stoffströme berücksichtigen, als auch Indikatoren mit inländischer Perspektive nutzen.

„Anzeigetafel“ der weiteren Indikatoren:

- Wasserverbrauch
- Landverbrauch
- Werkstoffverbrauch
- CO₂-Ausstoß

Die Anzeigetafel soll in Zukunft ergänzt werden mit Indikatoren zu Naturkapital und Umweltbelastungen durch Ressourcenverbrauch.

INSTRUMENTE:

Der Fahrplan nennt eine Fülle von weichen und unverbindlichen Maßnahmen, z.B. Austausch von „Best Practice“. Einige Maßnahmen sind:

- Forcierung der Kreislaufwirtschaft (Ansatz: Abfall als Ressource),
- Förderung umweltfreundlicher Innovationen,
- größere Bedeutung für Ökodesign und Ökokennzeichnung,
- Ausweitung von Ökodesign auf nicht-energieverbrauchsrelevante Erzeugnisse (2012),
- Abbau umweltschädlicher Subventionen,
- Verlagerung der Besteuerung vom Faktor Arbeit auf Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch,
- Anreize für Verbraucher zum Umstieg auf ressourcenschonende Produkte,
- Förderung eines umweltfreundlicheren öffentlichen Beschäftigungswesens.

PROZESS (STAND MÄRZ 2012):

Am 20.09.2011 hat die Europäische Kommission den Ressourceneffizienzfahrplan vorgestellt. Nun wird der Fahrplan im Ministerrat und im Europäischen Parlament beraten. Im Europäischen Parlament ist dafür der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit mit dem niederländischen Gerben-Jan Gerbrandy von der liberalen ALDE-Fraktion federführend verantwortlich. Er hat Mitte Februar seinen [Berichtsentwurf](#) vorgestellt, der voraussichtlich am 25. April im Umweltausschuss abgestimmt wird und am 21. Mai im Plenum.

Der Wettbewerbsrat hat Ende September 2011 seine [Schlussfolgerungen](#) veröffentlicht und der Rat der [Umweltminister](#) im Dezember. EU-Umweltkommissar Potočnik zeigte sich [enttäuscht](#) von den Schlussfolgerungen der Umweltminister, da sich die Mitgliedstaaten kritisch gegenüber konkreten Effizienzzielen zeigten.

Bis spätestens 2013 sollen zusammen mit politischen Entscheidungsträgern, Sachverständigen, Nichtregierungsorganisationen, der Wirtschaft sowie den Verbrauchern klar definierte Ziele und Indikatoren entwickelt werden.

POSITIONEN:

Die Umweltverbände [begrüßen](#) grundsätzlich den ganzheitlichen Ansatz des Ressourceneffizienzfahrplans der EU-Kommission. Sie üben aber gleichzeitig Kritik an den unzureichenden Etappenzielen, Maßnahmen und Indikatoren, um den ineffizienten Ressourcenverbrauch zu stoppen. Die Verbände fordern unter anderem konkrete steuer- und ordnungspolitische Instrumente, die Senkung des absoluten Ressourcenverbrauchs (zur Verhinderung der weiteren Übernutzung natürlicher Ressourcen) und die Förderung der Kreislaufwirtschaft. Die Verbände [fordern](#), den Ressourcenverbrauch nicht allein mit dem Indikator der Ressourcenproduktivität zu messen, sondern mithilfe von globalen Land-, Wasser- und CO₂-Fußabdrücken. Denn die Entkopplung des Ressourcenverbrauchs von der Wirtschaft bedeute noch nicht, dass weniger Ressourcen verbraucht werden.

[Vertreter](#) des Europäischen Parlaments begrüßten grundsätzlich den vom Umweltkommissar vorgelegten Fahrplan für ein ressourceneffizientes Europa. Er sei der „[Startschuss](#) für ein Europa [...], das mit den natürlichen Ressourcen wesentlich nachhaltiger und effizienter umgeht“. Dennoch müsse die Umsetzung konkreter Maßnahmen und Ziele im Hinblick auf ein ressourcenschonendes Wirtschaften jetzt folgen. Wichtige Ansätze seien nicht nur technische Innovationen, sondern auch die Reduzierung des übermäßigen Rohstoffverbrauchs, die Wiederverwendung und das Recycling.

2. ROHSTOFFINITIATIVE – RAW MATERIAL INITIATIVE (RMI)

Im Februar 2011 hat die EU-Kommission ein neues Strategiepapier „[Grundstoffmärkte und Rohstoffe](#)“ vorgelegt, das auf den Ergebnissen der 2008 initiierten [Rohstoffinitiative](#) – Raw Material Initiative (RMI) der EU-Kommission aufbaut und diese weiterentwickelt.

Rohstoffe spielen eine wichtige Rolle in den zwei Leitinitiativen „[Eine integrierte Industriepolitik für das Zeitalter der Globalisierung](#)“ und „Ressourcenschonendes Europa“, in denen gegenseitig

verstärkende Maßnahmen zum Erreichen des Ziels der nachhaltigen Versorgungssicherheit verknüpft sind.

Die RMI ist in der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der EU-Kommission unter Leitung des italienischen Kommissars Antonio Tajani angesiedelt.

ZENTRALE INHALTE:

Um nachhaltigen Versorgungssicherheit zu erreichen, ist im Strategiepapier das auf drei Säulen gestützte Konzept der Rohstoffinitiative von 2008 beibehalten und ausgebaut worden. Diese drei Säulen sind:

- Sicherung eines fairen Zugangs zu Rohstoffen auf den internationalen Märkten,
- Verbesserung der Abbaubedingungen innerhalb der EU,
- Erhöhung der Recyclingquote und höhere Ressourceneffizienz,

Das Strategiepapier der Kommission soll dazu dienen, den europäischen Unternehmen und der Industrie einen fairen Zugang zu den benötigten Rohstoffen sicherzustellen, um Wettbewerbsnachteile gegenüber ressourcenreichen Staaten auszuschließen. Das Papier fordert neben größerer Transparenz und den oben genannten drei Säulen mehr internationale Kooperation in der Rohstoffpolitik, insbesondere durch bilaterale Handelsabkommen mit afrikanischen und asiatischen Staaten. Motivation für die Strategie ist Rohstoffsicherheit. Die Strategie enthält keine konkreten Ziele zur Ressourcenschonung.

MAßNAHMEN:

Die Kommission skizziert in ihrem Strategiepapier eine Reihe von Maßnahmen, um den dauerhaften und zuverlässigen Zugang zu den Ressourcen für europäische Unternehmen und Industrie zu garantieren.

Zu den Maßnahmen gehören:

- regelmäßige Erneuerung der [Liste der Kommission](#), die 14 von insgesamt 41 Mineralien und Metallen als kritisch für die Versorgungslage einstuft;
- Stärkung der internationalen Handelskooperation in der Rohstoffpolitik und Verfolgen einer „Rohstoffdiplomatie“, insbesondere
 1. Verstärken der Gespräche zur Rohstoffpolitik in multinationalen Foren – wie G20, UNCTAD, WTO und OECD,
 2. Entwicklung bilateraler Handelsabkommen mit afrikanischen und asiatischen Ländern unter den Devisen „Infrastruktur im Austausch für Ressourcen“ und „Ressourcen für Technologie und Know-how“, um den Zugang zu wichtigen Vorkommen zu sichern,
 3. Förderung von Investitionen in Rohstofferkundung, Verkehrsnetze und Energieversorgung durch Kredite,
- die Optimierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Rohstoffgewinnung innerhalb der EU durch
 1. Raumordnungspolitik für Rohstoffe mit einer digitalen geologischen Wissensdatenbank,
 2. Einführung eines transparenten Verfahrens zur Genehmigung der Gewinnung und Förderung mineralischer Rohstoffe;
- Steigerung der Ressourceneffizienz und Förderung von Recycling durch:
 1. Erhöhung der Rückgewinnungsquote

2. Förderung zur Rückgewinnung nützlicher Stoffe aus Siedlungsabfällen (Urban Mining),
3. Förderung wirtschaftlicher Anreize für Recycling- und Pfandsysteme,
4. Förderung von Forschung und Innovationen für die gesamte Rohstoff-Wertschöpfungskette (Kreislaufwirtschaft).

PROZESS:

Der Wettbewerbsrat hat im März 2011 [Schlussfolgerungen zur Rohstoffstrategie](#) verabschiedet. Auch der Rat für allgemeine Angelegenheiten verabschiedete im Mai seine [Schlussfolgerungen](#). Beide Ministerräte gingen in ihren Bewertungen nicht über die Strategie der Kommission hinaus.

Das Europäische Parlament hat einen Bericht zu der Rohstoffstrategie verabschiedet. Federführend war der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE). Zuständiger Berichterstatter war Reinhard Bütikofer (Bündnis90/Die Grünen). Anfang Juli hat der ITRE den [Bericht](#) von Reinhard Bütikofer mit Änderungen verabschiedet. Im September 2011 hat das Europäische Parlament den Bericht mit deutlicher Mehrheit angenommen.

POSITIONEN:

[Entwicklungsorganisationen](#) bewerten die Ankündigung der Kommission, die Rohstoffmärkte zu regulieren, sowohl positiv als auch negativ. Positiv, da das Strategiepapier durch die Regulierung die Preistreiberei von Spekulanten mit Blick auf die Weltgetreidepreise und damit die Nahrungsmittelspekulation eindämme. Kritisch sehen Entwicklungsorganisationen die aggressive Weise, wie die EU die Sicherung billiger Rohstoffe durchsetze. Dies gehe zu Lasten der Bedürfnisse der Entwicklungsländer. Im Mittelpunkt stehe dabei der Abbau der Exportsteuern auf Rohstoffe in den Förderländern. Damit sichere sich die europäische Wirtschaft günstige Preise auf den Rohstoffmärkten.